

Unternehmer-Denkschrift der EKD findet breite Zustimmung **Arbeitgeber: Kirche stärkt das Vertrauen in unternehmerisches Handeln**

Karlsruhe / Berlin (idea) – Auf breite Zustimmung in Wirtschaft und Politik ist die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in Evangelischer Perspektive“ gestoßen. Das Dokument wurde am 9. Juli in Berlin vom EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber, und dem Vorsitzenden der Kammer für soziale Ordnung, Professor Gert G. Wagner (beide Berlin), vorgestellt. Nach Ansicht des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU) ist die Denkschrift ein „wichtiger Beitrag zur Fortsetzung des konstruktiven Dialoges zwischen Kirche und Wirtschaft“. Sie sei „vom konstruktiven Bemühen gekennzeichnet, den Veränderungsprozessen in unserer Gesellschaft gerecht zu werden“, heißt es in einer in Karlsruhe veröffentlichten Stellungnahme. Der AEU rechnet mit neuen Impulsen für den notwendigen Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft. Er möchte die Kirche „bei der Gestaltung der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsordnung unterstützen und dadurch diese Ordnung verantwortlich mitgestalten“. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sieht vor allem, dass die Kirche die gesellschaftliche Leistung von Unternehmern würdige. Damit leiste sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in unternehmerisches Handeln. Das in der Denkschrift entworfene Leitbild einer Gesellschaft, die niemand ausschließe, sondern alle befähige und einlade, ihre Talente zu nutzen, sei zukunftsweisend. Auch die Forderung der EKD, dass der Staat seine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit Erwartungen an die Wirtschaft verknüpfe, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wird unterstützt. Der stellvertretende Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, Michael J. Inacker (Berlin), bezeichnet die Denkschrift als wichtigen protestantischen Beitrag zur Debatte um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Damit habe sich die EKD als ernst zu nehmender Partner in Wirtschaftsfragen erwiesen, so Inacker, der auch Vorsitzender der Internationalen Martin Luther Stiftung ist.

CDU: Ja zur Kritik an einzelnen Wirtschaftsführern

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU würdigt, dass die Denkschrift sowohl die negativen Beispiele einzelner Wirtschaftsführer als auch die strukturell problematischen Auswüchse unternehmerischen Handelns kritisiere, „ohne dabei die zentrale Bedeutung des Unternehmertums für Innovation, Wertschöpfung und Wohlstand aus dem Blick zu verlieren“. 60 Jahre nach der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard (CDU) erinnere die EKD an deren tragende geistige, religiöse und ethische Wurzeln. Damit lade sie zu einer dringend notwendigen Diskussion über verantwortliches unternehmerisches Handeln ein, erklärte der EAK-Bundesvorsitzende, der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel.

Christliche und sozialdemokratische Sicht stimmen überein

Die SPD hebt die EKD-Kritik an unverhältnismäßig hohen Einkommen hervor. Wenn extreme Managergehälter oder Abfindungen offensichtlich nicht auf Leistung beruhen, müsse es Widerspruch geben, heißt es im Internet-Wahlkampfportal der Partei. Aus christlicher wie aus sozialdemokratischer Sicht gehöre zum unternehmerischen Handeln, Verantwortung für sich und für den Nächsten zu übernehmen. Außerdem bekräftigt die SPD Forderungen nach einem Mindestlohn. Dieser sei nicht nur für Arbeitnehmer gut, sondern auch für jeden ehrlichen und ordentlichen Unternehmer, der seinen Leuten einen fairen Lohn zahle und vor Lohndumping windiger Konkurrenten geschützt werden müsse.

(09.07.2008/16:44)